

ANTRAG

Antragsteller*in: Jakob Dirnböck, Mario Dragnev, Marvin Feigl, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner, Terence Nwaeke

Tagesordnungspunkt: 11.2. Weitere Anträge

A12: Mehr Privat in unserem Staat

Antragstext

„Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand entlohnenden Unselbstständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellten um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“[\[1\]](#)

Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind erschreckend. Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst also deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem, Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung erheblich und dass obwohl Österreich jährlich 14.818.000.000 [\[2\]](#) an die aktiven Staatsbediensteten bezahlt.

Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung

Angestellte und Beamten:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen

haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselig und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%^[3]. Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten. Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

2. Ohne Parteibuch eine Funktion

Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation und Leistung einer Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema

Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, bezahlt werden.

Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen hat, unnötig erhöhen.

^[1]<https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr>

^[2]

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf

^[3] Alle Zahlen aus dem Jahr 2019